

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hombmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wismarhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 93 u. 89. Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Heran an die Organisationslosen!

Die weltgeschichtlichen Ereignisse überstürzen sich. Jeder Tag bringt neues bedeutungsvolles Geschehen. Oesterreich-Ungarn ist tatsächlich bereits in eine Anzahl Nationalstaaten zerfallen, die sich selbst regieren wollen. In Bulgarien, das sich den Ententemächten ergeben hat, hat sich Oesterreich-Ungarn gesellt, von wo an den Präsidenten Wilson ein Friedensangebot erging, das einer bedingungslosen Unterwerfung gleichkommt. Unser größter Verbündeter, dessen Ultimatum an Serbien 1914 den durch militaristisch-imperialistische Umrtriebe längst vorbereiteten Weltbrand entzündete, hat uns infolge seiner inneren Zerrüttung verlassen. Und mit der Türkei sieht es nicht anders aus. Nun steht Deutschland, das ohnehin schon die Hauptlast des Krieges trug, der gewaltigen Uebermacht der Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener, Japaner usw. allein gegenüber!

Die deutsche Reichsregierung hat Präsident Wilson in einer dritten Note ersucht, ihr die Bedingungen des Waffenstillstandes, der nach Lage der Sache der Friede sein muß, mitzuteilen. Das Haupt der militaristischen Eroberungspolitik in Deutschland, General Ludendorff, hat seine Entlassung erhalten. Damit hat die neue Reichsregierung unabweisbar bekundet, daß der Militarismus seinen unheilvollen Einfluß mehr auf die deutsche Politik ausüben soll. Ludendorffs Fall ist ein Symbol der grundlegenden Umwälzung in Deutschland.

Der Reichstag arbeitete prompt an der Beseitigung jeder selbstherrlichen Regierungsgewalt. Die Reichsverfassung ist bereits mit Zustimmung des Bundesrats dahin geändert, daß nun ohne die Volksvertretung kein Krieg mehr erklärt und ohne sie kein Friedensvertrag geschlossen werden kann! Die militärische Kommandogewalt ist den alten Gewalthabern entzogen, sie ist der Volksregierung, in deren Auftrag der Reichskanzler amtiert, unterstellt! Das ist ein Umsturz von weltgeschichtlicher Tragweite und er ist erfreulicherweise ohne den zeitweilig drohenden blutigen Bürgerkrieg vollzogen worden. Die Volksvertretung arbeitet weiter an der Herbeiführung eines Völkerfriedens und an der Durchführung der Demokratie in Reich, Staaten und Völkern. Riesenaufgaben sind zu bewältigen.

Die Anhänger des Alten haben versucht und werden gewiß weiter versuchen, wieder das Geste in die Hände zu bekommen. Völkerverhetzende Zeitungen und nationalitätlich-militaristische Gruppen bemühen sich, für das, was durch das alte Regime am Volke gesündigt wurde und für die unheilvollen Folgen dieser Mißwirtschaft die Demokratie, die nun das bankrotte Geschäft zu liquidieren hat, verantwortlich zu machen. Durch Zeitungsartikel, Flugblätter, Reden und „Telegrammsturm“ soll Verwirrung in das Volk eingebracht werden. In dieser Verwirrung hoffen die Sünder gegen die Volksinteressen wieder ans Ruder zu kommen.

Kameraden, haltet die Augen auf! Laßt euch nicht durch heimtückische Machenschaften von dem Wege der Demokratie abdrängen!

In dieser Zeit der großen Aufregung heißt es vor allen Dingen für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, fühlen Kopf und feste Entschlossenheit zu bewahren! Die größte Gefahr für die geordnete Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft bilden zweifellos die Organisationslosen, die noch immer unorganisierten Arbeitermassen! Heran an diesen Feind!

Neben den Anhängern der alten Gewalthaber arbeiten nun auch andere Treiber hin auf eine Verwirrung der Arbeiterschaft. Wie uns aus Kameradenkreisen berichtet wird, sind in jüngster Zeit zahlreiche Flugblätter von unbekannter Seite verteilt worden. Uns liegen mehrere solcher Flugblätter vor. Sie sind Produkte einer krankhaften Geistesverirrung. Ihr hauptsächlichster Inhalt ist direkt als irrsinnig zu bezeichnen. Keines der Flugblätter trägt den Namen ihrer Verfasser und Drucker. Trotzdem fordern sie die Leser zu „Taten“ auf, die von keinem Vernünftigen begangen werden können. Wer zu solchen „Taten“ auffordert und selbst nicht den Mut hat, mit seinem Namen dafür einzustehen, der ist ein Feigling und Verbrecher! Aus dem sicheren

Hinterhalt andere Leute zu Gewalttaten und Zerstörungen aufzufordern, die unbedingt den inneren Krieg aller gegen alle bedeuten, das können nur Menschen unternehmen, denen es ganz gleichgültig ist, ob zu den ungeheuren Blutopfern dieses Krieges noch das Blut von hunderttausenden Volksgenossen auf den Straßen vergossen wird. Wer kann dieses Verbrechen wollen? Nur wer die systematische Arbeit für die Demokratisierung unserer ganzen öffentlichen Einrichtungen verhindern will!

Keine der bekannten politischen Parteien übernimmt die Verantwortung für diese sinnlosen, oft im schmutzigsten Schmierentstich abgeschafften Flugchriften. Hinter ihnen steht also nicht die Demokratie, sondern es ist die Anarchie, die Feindin jeder Organisation der Volkskräfte! Diese Anarchie treibt hin auf das wüste Durcheinander, treibt hin auf den fürchterlichen Zusammenbruch aller demokratischen Hoffnungen! Wohin eine solche sinnlose Volksverwirrung führen muß, das sehen wir an dem unglücklichen Rußland, wo die Menschen besinnungslos gegeneinander wüten, wo jede Gemeinschaftsarbeit schließlich unmöglich gemacht wird und nur ein trostloser Trümmerschutt zurückbleibt. Das ist keine Demokratie mehr und auch die sozialistische Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen kann so nicht durchgeführt werden. Man wütet gegeneinander, man schlägt sich gegenseitig ab, was der Krieg noch verschont hat, das geht zugrunde in dem anarchischen Durcheinander! Zu solchen entsetzlichen Zuständen darf es bei uns nicht kommen. Dagegen muß entsetzliche Front gemacht werden, denn auch diese anarchischen Putzverherrlicher arbeiten nur den Volksrechtsfeinden in die Hände!

Es ist obendrein eine Lüge, wenn behauptet wird, jene Flugblätter wollten die „wahre“ Demokratie und den Sozialismus „verbreiten“. Der Anarchismus ist der Todfeind des Sozialismus, der den systematischen Aufbau und Ausbau bedeutet! Die Begründer des modernen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, ebenfalls die ersten Vorkämpfer und Organisatoren der Sozialdemokratie, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, auch Karl Kautsky und Eduard Bernstein haben stets mit aller Schärfe gegen die anarchische Propaganda gekämpft. Wer Demokrat und Sozialist ist, der kann kein Anarchist sein und muß deshalb die auf die Zerstörung jeder Organisationsarbeit hinauslaufende Verwirrung der Arbeiterschaft durch eine sinnlose Propaganda nicht nur verurteilen, sondern ihr energisch entgegenzutreten. Wer weiß denn, welche dunklen, volkrechtsfeindlichen Kräfte hinter diesem Treiben stehen?

Die Hauptgefahr, das betonen wir abermals mit allem Nachdruck, liegt in der Organisationslosigkeit noch großer Arbeitermassen. Wer gewerkschaftlich und politisch geschildert ist, der erkennt auch sogleich, die tollen Widersprüche und den hahnhehischen Unfuh, den die feige im Verborgenen bleibenden Flugblattverfasser verapfen. Aber die Organisationslosen haben diese Schulung nicht. Da muß entschlossen eingegriffen werden von allen unseren Kameraden, die es ehrlich meinen mit der Organisation der Volkskräfte zur Herbeiführung besserer Zustände. Deshalb heran an die Organisationslosen!

Heute darf sich kein Arbeiter mehr von dem Beitritt zur Organisation drücken. Eine Maßregelung wegen der Zugehörigkeit zum Bergarbeiterverband hat kein Bergmann mehr zu befürchten! Der Verband der Werksbesitzer hat die gewerkschaftliche Organisation nun als verhandlungsfähig anerkannt! Wir haben den Weg zur freien Regelung der Arbeitsvertragsverhältnisse beschritten und werden ihn konsequent einhalten. Wer uns dabei in den Rücken fällt durch eine wahnsinnige Verwirrung der Köpfe, auch wer nicht mitteilt die Unordnung und Willkür im Arbeitsverhältnis zu beseitigen, den müssen wir als böswilligen Arbeiterfeind energisch bekämpfen! Die Zeit der Drückererei ist vorbei. Heran an die Organisationslosen!

Zur möglichst sicheren der Zukunft haben in der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie Arbeitgeber und Arbeitnehmer es für richtig gehalten, sich zur gemeinsamen Tätigkeit für die Kriegs- und Uebergangszeit, sowie die Friedenszeit zusammenzuschließen. Beide Teile glauben, daß wir den unübersehbar großen Schwierigkeiten des Kampfes, der Demoralisierung und des Wiederaufbaues der Friedenswirtschaft nur dann einigermaßen gewachsen sein werden, wenn jeder innere Kampf vermieiden und nach außen schon bei den Friedensverhandlungen eine Einheitsfront des arbeitenden Deutschlands hergestellt wird.

Die Werksbesitzer haben sich also lediglich der Macht der Tatsachen gefügt, weil es gar nicht mehr anders ging. Der Herrin-Gaule-Standpunkt, der jahrzehntlang alles beherrschte und vergiftet hat, ist weggefallen, wie mancher sonstige Wust und Unrat. Noch kurz vor dem Kriege konnte der Unternehmerrhythmus Dr. Hoff in Düsseldorf von sich sagen: „Meine Herren, ich habe noch keinen wirklichen Gewerkschafts-

führer zu Gesicht bekommen!“ Heute muß man mit den Gewerkschaftsführern verhandeln zur Sicherung der Zukunft. Wir dürfen uns aber keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die Werksbesitzer die Arbeiterorganisationen nur solange anerkennen und mit ihnen verhandeln, wie deren Geltung und Macht sie dazu zwingt. Die Werksbesitzer haben sich in ihren Anschauungen infolge der grundtätlichen gewandelt, wie sie sich unter dem Zwange der Verhältnisse wandeln mußten. Für diese Wandlung sind lediglich Zweckmäßigkeitsgründe ausschlaggebend gewesen, das hat Hugo Stinnes mit aller Klarheit ausgesprochen. Treffend schreibt hierüber der Redakteur Richard Woldt in Elberfeld:

„Wir sind keine Optimisten. Wir geben uns nicht dem Glauben hin, daß nun eine Zeit anbrechen wird, in der das rheinisch-westfälische Unternehmertum in ideal Harmonie alle Arbeiterfragen mit den Vertretern der Gewerkschaften regelt. In Wirklichkeit haben sich bestimmte Machtverhältnisse gebildet und die Unternehmer sind klug genug, sich diesen Dingen anzupassen.“

Der Krieg selbst ist auch hier der größte Revolutionär gewesen. Wir stehen vor der Liquidation des Krieges, die Bilanz, die Abrechnung steht unmittelbar bevor und ebenso unabweisbar ist es, daß die Stellung des Unternehmertums im Staat und in der Wirtschaft sich in entscheidendem Maße verändern muß. Die Arbeiter wie unsere Junker hat hier ein wichtiger Typ unserer Unternehmerrichtung festwurzelt eine Position, geräumt, die über kurz oder lang durch die neuen Machtfragen aufgegeben werden muß.

Denn durch den Krieg und seine Wirkungen ist der Weg zum Sozialismus nicht mehr aufzuhalten. Der Sozialismus wird kommen, weil er kommen muß. Aus tausend Wunden blutet die Welt, mehr wie vier Jahre hat die Menschheit Verheerung, statt aufzubauen. Aus dem Arbeitsvertrag früherer Jahrzehnte haben wir während des Krieges mit Leben müssen, haben verbraucht an Eisen und Stahl, an Kleidung und Maschinen, an Vahren und Schiffen, was in dem Sammelbecken unserer Volkswirtschaft aufgespeichert war. Der Tag des Friedens wird uns finden wie Raufleute, deren Vorräte aufgebraucht und deren Lager leer sind. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Zustand neuer Materialien und neuer Fabriken erfolgt, damit sich das Getriebe der Volkswirtschaft wieder in Bewegung setzen kann.

Und dieser neue Aufbau im Wirtschaftsleben bedingt auch eine neue Wirtschaftsordnung. Das freie Spiel der Kräfte ist schon während des Krieges zusammengebrochen, eine Rückkehr zur alten Wirtschaftsweise ist auch nachher nicht mehr möglich. Aus dem Stadium des Privatkapitalismus geht es in den sozialistischen Tempus zur Gemeinwirtschaft, zur Volkswirtschaft über.

Im Zeichen der privaten kapitalistischen Wirtschaft wurde für den Unternehmer das Recht der vollständigen Wirtschaftsfreiheit proklamiert. Keine gesetzgeberischen Schranken sollten sein. Schranken, nur im ungewohnten Wettbewerb aller Kräfte konnte er sich auswirken und der wirtschaftliche Fortschritt konnte nur auf Grund der unbedingten Wirtschaftsfreiheit dem Staat und der Gemeinschaft gegenüber sich vollziehen. Die Arbeit und Stinnes kämpften mit jünger Energie und unbedingtem Erfolg gegen jede Einschränkung durch den Staat und ebenso waren sie gewohnt, auch den Arbeitern, ihren Arbeitern, den eigenen Willen aufzuzwingen. Die „Herren im eigenen Hause“, dem Staat gegenüber waren und blieben auch Herrenmenschen den Arbeitern gegenüber.

Die neue Zeit erfordert Anpassung aller Wirtschaftskräfte. „Rein Arm darf feiern, keine Materialquelle darf unbenutzt bleiben, keine Maschine darf still stehen“, so ruft Walter Rathenau, und in dem Sinne hat seine Forderung Berechtigung, daß wir nach dem Krieg in ein Erwerbsleben hineingerufen werden, in dem wir uns nicht den Luxus leisten können, müßige Kräfte unserer Volkswirtschaft brach liegen zu lassen, denn wir müssen wieder hinein in den Weltkampf der Völker, trotz unserer geschwächten Menschenmateriales und unserer in den wertvollsten Vorkriegsangegriffenen Wirtschaftsmittel. Dazu bedarf es vor allen Dingen auch der Arbeiter. Die politische Demokratisierung, durch den Krieg unentwöhnt geworden, muß sich hinsetzen auf wirtschaftlichem Gebiet.

Das ist der tiefe Sinn jener Lektüre, die jetzt von den Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen als richtig anerkannt wird: Die Gewerkschaften haben während des Krieges ihre Beschäftigungsbestanden, ohne diese Gebilde wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, alle Arbeiterfragen einheitlich zu regeln und das Meer der arbeitenden Kräfte in die Kriegswirtschaft einzubringen. Der Uebergang von der Kriegszur Friedenswirtschaft aber wird zu einem Umstellungsprozeß, der durch seine komplizierten Gestaltungen noch viel mehr der Gewerkschaften bedarf. Selbst die Herrenmenschen in der Industrie werden dann lernen müssen, sich diesen Notwendigkeiten anzupassen. Die Arbeit und Stinnes haben den Anfang gemacht, es wird von der Kraft und Entschlossenheit der Gewerkschaften selbst abhängig sein, ob sie die durch die Zeit gegebenen neuen Positionen auszuweiten imstande sind.

Das ist richtig. Die Werksbesitzer sind klug genug gemeien, sich den veränderten Machtverhältnissen anzupassen und von der Kraft und Entschlossenheit der Arbeiterorganisationen wird es abhängen, wieviel für die Arbeiter dabei herausgeholt werden kann. Mehr wie je kommt es mithin darauf an, daß der letzte Arbeiter der Organisation zugeführt wird. Zur Sicherung der Zukunft ist das unerlässlich. Jeder Unorganisierte bildet eine Gefahr, denn er trägt mit dazu bei, daß nicht nur das bisher Erreichte, sondern die ganze Zukunft der Arbeiterschaft in Frage gestellt wird. Gegen diese Gefahr müssen sich die organisierten Arbeiter wie ein Mann erheben. Alle Kraft muß eingelegt werden, bis der letzte Unorganisierte unseren Kampfreihen angeschlossen ist.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Von einem Grubenbeamten wird uns geschrieben:

Die großen politischen Umwälzungen in jüngster Zeit haben sich ohne wesentliche Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens vollzogen. Und das ist gut so. Den großen Arbeitermassen und insbesondere den bewährten Führern derselben gebührt volle Anerkennung. Und wer wollte gerade den Bergarbeitern diese Anerkennung nicht zollen!

Dah aber nach den politischen Umwälzungen auch solche auf wirtschaftlichem Gebiete folgen werden und müssen, bedarf keiner Frage. Es taucht da die ganze Frage auf: werden sich auch diese Umwälzungen in derselben ruhigen Weise vollziehen? Wenn ich hierbei insbesondere an die Bergarbeiter denke und nur die Erfahrungen der vier Kriegsjahre in Betracht ziehe — von der Zeit vor dem Kriege abgesehen —, so überkommt mich doch ein leises Zagen. Und warum? Weil man auch während des Krieges es nicht verstanden hat, gerade den Bergleuten gegenüber mit den Zeitverhältnissen zu rechnen. Es genügt schon, einen Vergleich zu ziehen zwischen Bergarbeitern und Bergarbeiterlöhnen. Ohne Uebertreibung läßt sich da sagen, daß gerade die Löhne der Bergarbeiter während des Krieges mit am unzureichendsten gewesen sind, ungeachtet der höchsten Leistungen verlangt wurden. Da man sich einfach wunderte, daß solche Leistungen überhaupt erzielt werden konnten.

Wenn man merkt, daß man sich nicht mehr leisten kann, so mag das an sich richtig sein. Aber das ist

Zur Sicherung der Zukunft.

Die überragende Bedeutung und Macht, welche die Arbeiterorganisationen erlangt haben, kommt am besten zum Ausdruck in der Anerkennung durch die Werksbesitzer in der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie. Am 18. Oktober haben die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit den Vertretern des Bundesverbandes in Essen und am 26. Oktober die Vertreter der Metallarbeiterverbände mit den Vertretern der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf verhandelt. In beiden Verhandlungen wurden die Arbeiterorganisationen ausdrücklich als Vertretungen der Arbeiter anerkannt. Warum das geschehen ist, das hat Hugo Stinnes in der Hauptversammlung von Deutsch-Ruzemburg am 28. Oktober wie folgt ausgesprochen:

hott mit einer vorläufigen einjährigen Verlängerung seines Vertrages befehlen müssen. Die beim kommenden Friedensschluß zu erwartende Veränderung des Verhältnisses Eisen- und Stahlwerksbesitzer (wo sich große Anlagen befinden) zum deutschen Reich, wirkt schon seine Schatten voraus. Die „Münchener Volkszeitung“ berichtet: „Der schon in „M. V.“ 333 erwähnte Vorbehalt der Vereinigten Süddeutschen Eisen- und Stahlwerksbesitzer, wonach diese beabsichtigt sein sollen, aus dem Verbands auszutreten, wenn der Friedensschluß innerhalb der neuen, für sechs Monate geltenden Verlängerung des Verbandes zustande kommt, hängt mit der Passiva der Gesellschaft zusammen. Ihr Aktienkapital befindet sich zum großen Teile in ausländischen Händen. Die ganze Gestaltung dieser Verhältnisse zur südwestdeutschen Eisenindustrie nach dem Kriege wird natürlich auch von Einfluss sein auf die Stellung, welche jene Vereinigten Süddeutschen Eisen- und Stahlwerksbesitzer und anderen Organisationen gegenüber für später einnehmen werden. Im Verbands selbst steht das Eisen- und Stahlwerk-Unternehmen hinsichtlich der Beteiligung an erster Stelle: diese beträgt 669 974 T., verteilt sich mit 190 834 T. auf Halbes, 145 468 T. auf Eisenbahn- und Oberbau, 238 672 T. auf Formeisen und macht 9,2 Prozent der Gesamtbeteiligung aller Werke im Verbands aus. Die Eisen- und Stahlwerke haben den gleichen Vorbehalt auch wegen ihrer Beteiligung im Reichsverband gemacht, ebenso die übrigen Werke des Stahlwerksverbandes. Die Verhältnisse bedingen es eben, daß die Werke auch hinsichtlich ihrer künftigen Zugehörigkeit zu den Eisenverbänden Vorbehalte treffen, um zu einer Zeit, die für eine endgültige Entscheidung reif ist, die geeignete Form der Syndikatsbildung zu schaffen.“

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Anerkennung der Metallarbeitergewerkschaften durch die Eisen- und Stahlwerksbesitzer.

Den Bescheidern sind die Gläubiger gefolgt. Am Samstag, den 26. Oktober, hat in Düsseldorf die erste Verhandlung der Organisation der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerksbesitzer mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Christlich-Sozialen Gewerkschaftsverband der Metallarbeiter stattgefunden. Der Vorsitzende der Werksbesitzerorganisation, Herr Geheimrat Deutenberg (Wuppertal), erklärte einleitend, daß die Unternehmer gewillt seien, in Zukunft mit den Metallarbeiterverbänden als anerkannte Arbeitgebervertretungen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Also auch hier ist das Eis gebrochen. Verhandelt wurde über alle Fragen der Demobilisierung, über die Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitgebergesetzgebung, die Arbeitsnachweisregelung, die Ernährungsfrage. Die Beratungen werden fortgesetzt, für deren Vorbereitung eine paritätische Kommission eingesetzt ist.

Auch die christlichen Gewerkschaften

haben sich im Kriegsjahre 1917 wieder anschlüssen. In der nachfolgenden Tabelle haben wir die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände am Schluß des Jahres 1918 neben die von den Jahren 1916 und 1917 gestellt:

Organisation	1913	1916	1917	Weibl. Mitgl. im Jahresdurchschnitt
Bergarbeiter	63 129	31 765	63 761	—
Metallarbeiter	41 013	20 176	62 604	4 123
Deutsche Eisenbahner	27 323	22 713	32 822	3 321
Preussische Eisenbahner	28 657	22 794	22 951	—
Textilarbeiter	37 195	14 511	18 229	9 421
Chemiearbeiter	8 379	16 166	17 100	16 076
Preussische Volkverband	—	10 871	10 764	—
Textil- und Transportarbeiter	11 220	3 536	9 159	2 055
Bauarbeiter	42 441	7 102	9 113	—
Westfälische Eisenbahner	4 000	4 630	6 112	124
Schwarzarbeiter	17 683	3 313	6 045	472
Klein- und Kleinbauern	3 539	1 497	4 877	205
Mittelständische Arbeiter	2 716	1 468	4 867	1 945
Forst-, Land- u. Weinbergarbeiter	3 576	3 273	4 836	359
Telegraphenarbeiter	2 990	712	3 897	890
Tabakarbeiter	6 414	2 923	3 177	2 189
Gemeindearbeiter u. Straßenbahner	4 513	1 857	2 859	308
Schneider	4 930	1 244	2 222	1 116
Gartenbau	3 440	1 382	1 289	—
Federarbeiter	—	—	1 067	—
Deutscher Angestelltenverband	6 991	866	974	214
Nahrungsmittel- und Genußmittelarbeiter	—	357	876	—
Graphischer Zentralverband	3 226	559	807	192
Krankenspieler	2 737	530	635	215
Gefäßausgestülte	1 991	566	550	350
Malerei	3 637	595	572	89
Gärtner	4 065	370	329	—
	1 032	—	—	—

Zusammen 341 735 178 907 293 187

Hiernach haben fast alle Verbände im Jahre 1917 einen Mitgliederzuwachs erfahren. Die Zahl der beim Kriegsende befindlichen Mitglieder wird auf 150 000 geschätzt. Werden diese mitgezählt, dann ergibt sich eine Zahl, welche die höchste vor dem Krieg erreichte Mitgliederzahl weitestgehend übersteigt. Die Gesamtzunahmen sind von 3 231 432 Mitgl. im Jahre 1916 auf 4 720 202 Mitgl. im Jahre 1917 gestiegen. Die Ausgaben erhöhten sich von 2 901 243 auf 3 611 375 Mitgl. Der Vermögensbestand stieg von 8 850 536 auf 9 992 536 Mitgl.; das entspricht etwa dem Stand vor dem Kriege.

Neue Lohnvereinbarung in der Tuchindustrie.

Die im August in Leipzig stattgefundene Konferenz der Tucharbeitgeber und der Tucharbeiterverbände, trägt ihre Früchte. Am 24. Okt. verhandelten die Vorstände der drei bestehenden Textilarbeiterorganisationen mit den Vertretern der Deutschen Tuchfabrikanten unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsverbandes der Textilindustrie über neue Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es kam zu folgender Vereinbarung: Ab 1. Nov. d. J. beträgt der Lohn für Weber und Webstuhlarbeiter pro 1000 Schuß:

5000	5000-25 000	25 000-100 000	über 100 000
5000	5000-25 000	25 000-100 000	über 100 000
23 Pf.	25 Pf.	27 Pf.	28 Pf.
31 Pf.	33 Pf.	35 Pf.	37 Pf.

Allen übrigen in der Tuchfabrikation in Accord oder Zeitlohn beschäftigten Personen wird eine Lohnaufgabe von 30 Prozent gewährt. Sonnabends ist mittags um 12 Uhr Betriebsruhe.

Der Erfolg, den diese Verbandsarbeit hier errungen hat, kann sich sehen lassen. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht auf die Tuchindustrie beschränkt. Das was hier geschehen ist, ist für andere Zweige der Textilindustrie genau so notwendig.

Die Vereinbarung bedeutet den ersten Schritt zu einem Reichstarif. Zum mindesten hört es künftig auf, daß bei Lohnverhandlungen immer die Verhältnisse eines Ortes gegen die des andern ausgepielt werden konnten. Die einheitlichen Akkordtarife werden in naher Zukunft auch zu einheitlichen Stundenlöhnen hinüberleiten.

Rangierworte.

In seinen Reichstagsreden vom 28. September 1918 und 27. Okt. 1917 hat der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mit klarem Bilde die Zukunft des deutschen Volkes gezeichnet. Den alldeutschen Rangierführern waren diese Reden der Anlaß zur baldigen Festlegung des Ranglers. Wie wenig konnten diese Leute das die wirtschaftlichen umgestaltenden Kräfte im Leben der Völker, die ihren Weg durch die Welt durch Rangierreden geführt, wo in Wirklichkeit die veränderte ökonomische Grundlage die Reichsverhältnisse erschütterte. In voller Anerkennung von Ursache und Wirkung hielten sie daran fest, daß Macht vor Recht zu gehen habe und so stellten sie sich nach wie vor auf den brutalen Machtpunkt. So kam es, daß der Rangler mit seinen geradezu prophetischen Mahnungen tauben Ohren predigte. Am 28. Sept. 1916 heißt es in der Ranglerrede:

„Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen und sozialen, des wirtschaftlichen und politischen Lebens unser harren, bedürfen zu ihrer Lösung aller Kräfte, die in unserem Volke leben. Eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Schwärmungen durchsetzen wird, ist es, diese Kräfte, die da sind, im Feuer geblüht, die nach Schaffen und Werten rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle Tüchtigen, das sei unsere Losung.“

Und am 27. Februar 1917:

„Eine neue Zeit, mit einem erneuerten Volke ist da. Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. Ein Geschlecht, das in so ungeheurer

Erleben bis in die letzten Fasern seiner Empfindungen erschüttert worden ist, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines schmerzhaften Dichters sagen konnte, daß sein ärmster Sohn auch, sein getreuester war, eine Nation, die es tausendfach jeden Tag erfahren hat, daß nur gesamte Kraft die äußere Gefahr bekämpfen und überwinden kann — nicht Verrennen, das sind lebende Kräfte, die sich von keinem Parteiprogramm, weder von rechts noch von links einzwängen oder aus ihrer Bahn werfen lassen.“

Die Entwicklung hat — wie nicht anders zu erwarten — Bethmann Hollweg recht gegeben. Die neue Zeit mit dem erneuerten Volke ist heute tatsächlich da und das Volk ist auf dem besten Wege, das Loosungswort: Freie Bahn für alle Tüchtigen in die Tat umzusetzen. Arbeiter aus dem Volke sind inzwischen in die höchsten Reichsämter gelangt, der Stein ist ins Rollen gekommen, es gibt nur noch ein Vorwärt auf der beschränkten Bahn.

Internationale Rundschau.

Frankreich: Generalstreik und der Frieden.

In tapferer Weise tritt die Zeitung der französischen Gewerkschaften dem wüsten Geschrei der nationalkatholischen Presse nach einem Generalstreik für Frankreich entgegen. Im gewerkschaftlichen Zentralblatt „Le Peuple“ schreibt der Generalsekretär Joubert: „Präsident Wilson hat eine öffentliche Auseinandersetzung eingeleitet, in der Deutschland gezwungen ist. Es gehört sich, daß diese neue Auseinandersetzung in der nächsten Zeit durch eine Erklärung der Alliierten fortgesetzt wird. Es geht nicht an, daß man sich dem Vorzeichen gibt, die inneren Ereignisse Deutschlands zu ignorieren, die der gegenwärtigen Umwandlung ihren Wert geben und für morgen noch andere Umwandlungen voraussehen lassen. Der Krieg darf nicht fortgesetzt werden zum Vorteil gewisser politischer Kräfte, die bisher zu laut schrien, noch im Interesse der Finanzkrieger und Industriellen, die meinen, aus ihrem Geschäft noch nicht den Gewinn gezogen zu haben, den sie zu erwarten berechtigt seien. Es handelt sich um Leben und Freiheit der Völker, aller Völker, das alles muß in Rechnung gestellt werden. Der Wunsch der Völker läßt sich nicht auf dem Wege der Demokratie durch alle Völker, die sich auf den Boden der künftigen Verfassungsgrundsätze der Menschheit stellen wollen.“

Friedensaufruf der dänischen Arbeiter.

Auf einer Konferenz der dänischen Arbeiterverbände in Kopenhagen wurde beschlossen, folgenden Friedensaufruf zu veröffentlichen:

„Die Zusammenkunft der französischen Vertreter der dänischen Arbeiter, abgehalten am 24. und 25. Oktober 1918 bekräftigt mit Befriedigung die neuen Verträge, die dieser Tage von neutraler Seite und mit dem besten Willen seitens der organisierten Arbeiter in Frankreich und Deutschland gemacht wurden, um die Arbeiterklasse zu einer internationalen Aktion für den Frieden zu bewegen. Die Zusammenkunft findet es indes nicht zweckmäßig, die Forderung von Zeit und Ort für den kommenden Weltfriedenskongress abzugeben, da die Vertreter der organisierten Arbeiter in Frankreich ihren allgemeinen Interessen bei Friedensschluß zuwenden. Es muß vielmehr Aufgabe der Arbeiterklasse sein, den Friedensschluß zu bekräftigen und diesen nach unten geföhrt zu erhalten, die überall den Imperialismus hängen und einen dauernden Frieden zwischen den Weltvölkern ermöglichen und garantieren. Die Zusammenkunft appelliert daher an die organisierten Arbeiter aller Länder und fordert sie auf, sich gegenseitig die Hand zu reichen, um sich zu sammeln und so die Forderung der Weltfriedenskonferenz zu erfüllen. Der Krieg, der jetzt über der Erde schwebt und in tiefer Zeit Sorge und Leid in Millionen von Familien der ganzen Welt brachte und die europäische Kultur zu vernichten droht. Die Zusammenkunft wendet sich besonders an die sozialistische Internationale mit der Aufforderung, baldmöglichst zusammenzutreten zu den Vorbereitungen, die notwendig sind zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse beim kommenden Friedensschluß. Die dänische Arbeiterklasse appelliert daher an die organisierten Arbeiter der ganzen Welt, sich an die alte Losung anzuschließen: Nieder mit dem Kriege, nieder mit dem Imperialismus! Es lebe die Solidarität unter den Arbeitern! Es lebe der Weltfrieden! Auf zum allgemeinen Kampf für die Einführung des Sozialismus!“

Die Zusammenkunft der Internationale.

Der schweizerische Sozialistenschreiber Pranting hat am 25. Oktober an die holländische Delegation des internationalen sozialistischen Bureaus geschrieben:

„Wiltens Bedingungen scheinen für das demokratische Deutschland annehmbar zu sein. Daher ist die Aussicht für eine Übereinstimmung günstig. Wäre es deshalb nicht an der Zeit, eine Versammlung der Internationale zusammenzubringen?“

Darum hat die holländische Delegation Pranting am 28. Oktober geantwortet:

„Die holländische Delegation im internationalen Sozialistischen Bureau ist heute zusammengetreten, um Ihre Telegramme zu erwägen. Da das Programm von Wilson, das in seinen 14 Punkten enthalten ist, von den sozialistischen Parteien der Welt als angenommen worden ist, konstatieren wir, daß eine Grundlage vorhanden ist für einen demokratischen und dauerhaften Frieden, der durch einen Weltfrieden gewährleistet wird. Die Internationale hat deshalb zur Aufgabe, den Widerstand gegen Unterdrückungen auf dieser Grundlage überall, wo er sich zeigt, zu überwinden. Die Internationale hat die Pflicht, die demokratische Entwicklung zu unterstützen, die in Deutschland begonnen hat, und die zu der vollständigen und bleibenden Verdrängung des militärischen Regimesystems durch die Souveränität des Volkes führen muß. Hieraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit einer internationalen sozialistischen Konferenz. Es ist notwendig, daß Sie und andere sozialistische Abgeordnete des holländischen Sozialistischen Komitees und die Delegierten des Sozialistischen Bureaus des internationalen Sozialistischen Bureaus zusammenkommen, um die Organisation der Konferenz zu regeln. Wir ersuchen Sie, zu diesem Zweck sofort hierherzukommen. Wir senden daselbst Telegramme an Guyman.“

Entlohnung der holländischen Bergleute.

Darüber einnehmen wir dem Vlat unseres holländischen Bruderverbandes folgendes: Die Durchschnitts-Schichtverdienste der Steinkohlenbergleute betragen (in Gulden):

	1. Vierteljahr 1918	2. Vierteljahr 1918
Kohlenbauer	5,99	6,23
Lehrbauer	5,01	5,25
Schlepper über 18 Jahre alt	3,85	4,14
Schlepper unter 18 Jahre alt	2,31	2,51
Gonstige Unterlagsarbeiter	4,71	5,05
Alle Unterlagsarbeiter	4,92	5,20
Lehrtagsarbeiter	3,39	3,65
Kohlenhelfer	4,03	4,20
„ „ „	3,96	4,23
„ „ „	3,52	3,78
Gesamtbelegschaft	4,48	4,73

Der holländische Gulden war vor dem Kriege gleich etwa 1,70 Mk. Im 2. Vierteljahr 1918 rechnete der Gulden rund 3 Mk. Auch in Holland hat sich die Lebenshaltung außerordentlich verteuert.

Knappschäftliches.

Saarbrücker Knappschäftverein.

Dem Jahresbericht des Saarbrücker Knappschäftvereins für das Jahr 1916 entnehmen wir folgendes:

Die Frauenteile zählte am Jahresanfang 35 031, am Jahresende 35 893 erwachsene männlichen und 346 erwachsene weiblichen Arbeiter. Bei der Pensionskasse 101 A (Arbeiterabteilung) betrug der Bestand (ausschließlich der Kriegsteilnehmer) am Anfang des Jahres 1 636; der Gesamtbestand belief sich auf 8345, der Gesamtzuwachs auf 4270 Mitglieder und zwar durch Pensionierung 435 (darunter infolge Betriebsunfälle 41), durch Tod 163 (darunter infolge Betriebsunfälle 54), aus anderen Gründen 3672. Der Bestand am Jahresende betrug 35 710 Mitglieder. Das durchschnittliche Lebensalter dieser Mitglieder war 34,2 Jahre. Ferner waren am Jahresende 1429 Inermittlungsgebührenberechtigt vorhanden.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse hatte am Jahresende 37 501 Mitglieder, darunter 1001 weibliche.

Die Pensionenkasse 101 B (Beamtenabteilung) hatte am Jahresanfang einen Bestand von 233 Mitgliedern (darunter 46 weiblichen).

nach; am Jahresende waren 232 Mitglieder (darunter 59 weibliche) vorhanden.

Neben den aktiven Mitgliedern fanden in Beziehung zur Pensionenkasse am Anfang des Jahres 1443 Personen, die durch Zahlung der Unternehmungskasse ihre erworbenen Ansprüche an den Knappschäftverein aufrecht erhielten, am Jahresende 1429 Personen.

Der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse gehörten am Jahresanfang 31 752 (darunter 307 weibliche) und am Jahresende 37 501 (darunter 1001 weibliche) Mitglieder an.

Am Jahresende der Pensionenkasse A (Arbeiterabteilung) waren am Anfang des Jahres 11 339 vorhanden und zwar 10 147 Krankheitsinvaliden, 1188 Unfallinvaliden und 109 Kriegsinvaliden. Der Neuzugang an Invaliden betrug 367 und zwar 601 Krankheitsinvaliden, 60 Unfallinvaliden und 306 Kriegsinvaliden. Das durchschnittliche Lebensalter der am Jahresende vorhandenen Invaliden betrug 57,9 Jahre.

Das durchschnittliche Lebensalter der in Zugang gekommenen Invaliden stellte sich bei den Krankheitsinvaliden auf 61,9 Jahre — infolge Einrechnung des am 1. Oktober 1916 übernommenen Bestandes an Pensionempfänger des Saarbrücker Knappschäftvereins in den Zugang erhöhte sich das durchschnittliche Lebensalter gegen das Vorjahr — bei den Unfallinvaliden auf 42,5 Jahre und bei den Kriegsinvaliden auf 28,8 Jahre, bei sämtlichen in Zugang gekommenen Invaliden auf 52,1 Jahre, während das durchschnittliche Lebensalter der den neu hinzugekommenen Krankheitsinvaliden — ausschließlich des vom Saarbrücker Knappschäftverein übernommenen Bestandes — 27,8 Jahre, den Unfallinvaliden 19,5 Jahre und den Kriegsinvaliden 10,5 Jahre, bei sämtlichen in Zugang gekommenen Invaliden 29,1 Jahre betrug.

Die durchschnittliche Pensionenbezugsdauer betrug bei den in Abgang gekommenen Krankheitsinvaliden 13,3 Jahre, den Unfallinvaliden 16,6 Jahre, den Kriegsinvaliden 1,3 Jahre, bei sämtlichen abgegangenen Invaliden 14,9 Jahre.

Die durchschnittliche Pensionenbezugsdauer bei den am Jahresende noch vorhandenen Invaliden stellte sich auf 10,9 Jahre.

Am Jahresende wurden im Berichtsjahre 1916 an 21 070 Kranke für 415 465 Tage 933 516,80 Mk. gezahlt. Die Ausgabe an Krankengeld betrug also pro Kopf für einen Krankentag auf 2,10 Mk.

Die Gesamtsumme für Krank- und Verletzungs- sowie Krankengeld betrug 2 066 134,91 Mk. An Sterbegeldern wurden für 225 verstorbene Beamtensmitglieder 27 350,90 Mk. gezahlt. Die fällige monatliche Pension an Beamten für weibliche Verheiratete betrug in drei Fällen 332,80 Mk. An außerordentlichen Unterhaltungen wurden an 112 Bedürftige 3867,50 Mk. gezahlt. Für Unterbringung in besonderen Veranlassungen entstand eine Ausgabe von 12 634,69 Mk.

An Invalidenrenten wurden 5 600 771,60 Mk., an Witwenpensionen 1 756 18,55 Mk., an Hinterbliebenen 574 483,11 Mk. in der Arbeiterabteilung gezahlt. Die Gesamtsumme an laufenden Unterhaltungen betrug daher 7 932 073,26 Mk. An Vermögensbeiträgen wurden für 573 verstorbene Beamtensmitglieder 42 621 Mk., an außerordentlichen Unterhaltungen an 109 Bedürftige 42 57 Mk. gezahlt. 82 Personen erhielten fällige außerordentliche Unterhaltungen von zusammen 6473,85 Mk. An Unterhaltungen für Invaliden wurden 26 620,60 Mk. ausbezahlt. Für Beamtenärztliche Dienste wurden 92 707,21 Mk. gezahlt.

Die Gesamtsumme an Invaliden-, Kranken-, Witwen- und Hinterbliebenenrenten, sowie an Unterhaltungen betrug 1 629 995,86 Mk. Für Selbstversicherungen wurden 21 726,70 Mk., an Unterhaltungen für Hinterbliebenen im Kriege 11 660,00 Mk. ausbezahlt.

Die Invalidenkasse schloß mit einer Einnahme von 2 458 802,89 Mk. und einer Ausgabe von 2 361 133,35 Mk. ab. Die am Jahresanfang vorhandenen gewöhnliche Fonds dieser Kasse in Höhe von 39 276,90 Mk. ist nicht nur ganzlich geblieben, sondern es konnte wieder ein Vermögen von 2 507 669,54 Mk. angesammelt werden.

Die Pensionenkasse A (Arbeiterabteilung) schloß mit einer Einnahme von 10 311 624,25 Mk. und einer Ausgabe von 11 610 532,16 Mk. ab, worunter 11 610 532,16 Mk. Beiträge an den Knappschäftlichen Arbeiterverband und 11 610 532,16 Mk. Beiträge an den Knappschäftlichen Arbeiterverband. Am Jahresende war ein Vermögensvermögen von 1 500 000,00 Mk. zu finden, so daß der Vermögensstand auf 23 533 257,94 Mk. laut.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse hatte am Jahresende einen Bestand von 642 539,31 Mk. und schloß in Einnahme und Ausgabe mit 1 737 726,16 Mk. ab. Das Vermögen dieser Kasse betrug am Jahresende 1 133 221,16 Mk. auf 12 415 166,77 Mk.

Heute Rendant Wolf auf Hamsterjahren.

Der dem Kriege war der Rendant Wolf von der Knappschäftskasse in Westfalen sehr unangenehm, immer noch unzufrieden und groß. Wenn die Rendanten ihre Knappschäftskasse haben, daß er sich den Anschein, als ob es aus seiner Tasche ginge und er ihnen eine Wohlthat erweise. Der Krieg hat auch da Wunder gewirkt. Der Rendant ist die Gerechtigkeit selbst geworden. Das wäre zu begrüßen, wenn es nicht seine besonderen Beweggründe hätte. Aber diese Beweggründe geben uns Mitteilungen, die wir aus dem Rendanten erhalten haben. Danach wartet der Rendant jetzt gar nicht mehr, bis die Invaliden ihre monatliche Pension abholen. Seine Frau überbringt ihnen diese Pension schon im Laufe des Monats und — hamstert! Ihre Zudringlichkeit ist so groß, daß sie als große Bekleidung angesehen wird. Dabei sind die in Wirklichkeit gegessenen Invaliden noch nur kleine Kinder und haben selbst nicht viel, vor allen Dingen nicht viel übrig. Unser unangenehmer muß die Zudringlichkeit der Frau Rendant Wolf empfunden werden. Die Rendanten sind Mitglieder einer, daß diesem großen Mißbrauch der Knappschäftskasse ein Ziel gesetzt und der Rendant zur Verantwortung gezogen wird.

Wirkende auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reinhabenskräfte. Wenn ein Arbeiter hier erkrankt oder durch sonstige Umstände gezwungen ist, vor Verendung der Schicht auszufahren, muß er dazu einen Erlaubnischein von seinem Revierleiter haben. Das führt nur aber oft zu unangenehmen Härten. In den meisten Fällen ist es doch schwer, ein geringes Geld zu verdienen, den Revierleiter zu erreichen. Was dann? Dann muß der Arbeiter eben bis zur Verendung der Schicht warten, unbestimmt um die Folgen. So verheißt z. B. am 25. Oktober der Revierleiter Vode einem kranken Arbeiter den Erlaubnischein zur Ausfahrt, obwohl dieser verheißt, daß er es vor Schmerzen kaum noch aushalten könne. Der Revierleiter war aber nicht zu erreichen. Erst nach etwa zweistündigem Suchen war dieser gefunden und nun bekam der kranke Arbeiter den Erlaubnischein zur Ausfahrt. Das ist praktisch und rechtlich ein völlig unhaltbarer Zustand. Praktisch können den Arbeitern daraus die schmerzhaften Nachteile in gesundheitlicher und anderer Beziehung erwachsen. Rechtlich werden sie in unzulässiger Weise in ihrem Selbstbestimmungsrecht beschränkt. Wir hoffen, daß die verantwortlichen Stellen das einsehen und für Abänderung sorgen.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Deden. Es werden hier noch verhältnismäßig viel Gebirgs- und soziale, des wirtschaftlichen und politischen Lebens unser harren, bedürfen zu ihrer Lösung aller Kräfte, die in unserem Volke leben. Eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Schwärmungen durchsetzen wird, ist es, diese Kräfte, die da sind, im Feuer geblüht, die nach Schaffen und Werten rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle Tüchtigen, das sei unsere Losung.“

Und am 27. Februar 1917:

„Eine neue Zeit, mit einem erneuerten Volke ist da. Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. Ein Geschlecht, das in so ungeheurer

Südwestdeutschland.

Grube Feigenberg. Ganz unbehagliche Zustände scheinen sich auf der „Königlichen“ Staatsgrube Feigenberg immer mehr zu entwickeln, je länger der jährliche Reichtum dauert. Die Leidtragenden sind aber

